

Messianischer Jude

Auf dem Weg zu einer biblischen „Ein-Staat-Lösung“?

Mit der Bibel als Grundlage macht sich ein messianischer Jude Gedanken über eine mögliche „Ein-Staat-Lösung“. Er spricht sich für ein föderales System aus.

Von Israelnetz

4. Juli 2024

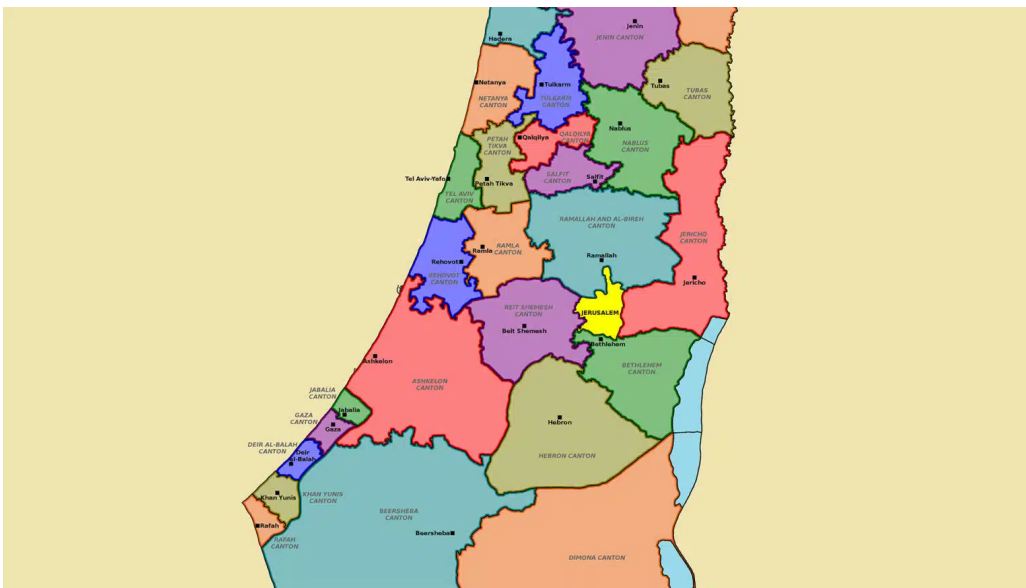


Foto: Deviant Art | CC BY-NC-SA 3.0 Unported (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>)

Bei dieser „Ein-Staat-Lösung“ würde das Heilige Land in Kantone aufgeteilt

Die mörderischen Angriffe der islamistischen Terror-Organisation Hamas am 7. Oktober 2023 verursachten die noch andauernde israelische Militäroperation „Eiserne Schwerter“. Sie hat die Zerstörung der militärischen Fähigkeiten der Hamas als Ziel. Diese wurde 2006 als Regierung des Gazastreifens gewählt. Israels Operation hat seit Ende 2023 für den Gazastreifen und die Zivilbevölkerung große Zerstörung bedeutet, vor allem, weil die Hamas aus ziviler Infrastruktur heraus operiert.

Seit Israels unilateralem Rückzug aus dem Gazastreifen 2005 hat in immer wieder aufkommenden Kriegen zwischen dem Hamas-regierten Küstengebiet und Israel die Zerstörung große Dimension angenommen. Dies verstärkt Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach einer dauerhaften Regulierung des Konfliktes durch die seit langem geforderte „Zwei-Staaten-Lösung“. Damit soll die Spirale der Gewalt zwischen beiden Völkern und das menschliche Leid beider Seiten beendet werden.

Die Hamas hat mit den Angriffen des 7. Oktobers ihr selbsterklärtes Ziel erreicht: die neu entstehende Friedensordnung zwischen Israel und der arabischen Welt im Sinne der „Abraham-Abkommen“ zu sabotieren und die „palästinensische Sache“ wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu bringen.

Seit dem Oslo-Abkommen 1993, das eine verhandelte „Zwei-Staaten-Lösung“ zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) beabsichtigte, sind viele Versuche gescheitert, diese Lösung umzusetzen. Seit vielen Jahren sieht die politische Realität so aus: Die Gesellschaft, sowohl die Politik als auch die Bevölkerung beider Seiten lehnen diese Lösung ab.

Hamas will „Ein-Staat-Lösung“ ohne jüdische Bewohner

Die Gräueltaten und Entführungen am 7. Oktober verdeutlichen die islamistische Ideologie der Hamas, die eine Koexistenz mit Israel ablehnt und stattdessen die Vernichtung Israels fordert. Seitdem ist auch auf israelischer Seite die Bereitschaft noch weiter gesunken, eine „Zwei-Staaten-Lösung“ als realistisch zu betrachten.

Die Hamas zielt auf die Schaffung einer palästinensischen „Ein-Staat-Lösung“ möglichst ohne jüdische Bewohner, also auf die Zerstörung des Staates Israel. Offizielle Erklärungen auf palästinensischer wie auf israelischer Seite, die einer „Zwei-Staaten-Lösung“ das Wort reden, sind oft irreführend und auf die Befriedung internationaler Erwartungen ausgerichtet.

In dieser aktuellen Lage interveniert der messianisch-jüdische Denker Yehuda Frank mit seinem Vorschlag für eine „biblische Ein-Staat-Lösung“. Frank ist ein israelischer Mathematiker, Naturwissenschaftler und Philosoph. Sein Beitrag wurde am 28. Mai auf der evangelikalen Nachrichtenseite „All Israel News“ veröffentlicht (<https://allisrael.com/blog/globally-supported-two-state-solution-is-rejected-only-by-israel-and-the-palestinians-but-a-biblical-from-the-river-to-the-sea-can-resolve-the-conflict>).

Vorschlag aus der Bibel abgeleitet

Franks Vorschlag umreißt eine gemischt jüdisch-palästinensische Föderation. Diese entspräche ungefähr dem Modell, das Frank aus dem Tanach, also der Hebräischen Bibel, ableitet. Er stützt sich vor allem auf die Tora und die großen Propheten. Die Föderation soll einen „erzielbaren, gerechten Frieden anbieten, der eine fruchtbare Koexistenz beider Nationen sichert und dies in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Bibel tut“. Seine Vision ist an das politische System der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Amerika angelehnt.

Israel einschließlich der Palästinensergebiete sollte demnach in einen föderalistischen Staat „Israel“ mit mindestens einem Dutzend teilsouveränen Kantonen oder Bundesstaaten umgewandelt werden. Eine Verfassung müsste das neue Staatswesen kodifizieren und jedem Bürger gleiche Rechte garantieren. Gleichzeitig müsste eine solche Verfassung die Staatstreue eines jeden Bürgers zum föderalen Staat Israel verlangen.

Die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte und eine Bundespolizei nach dem Vorbild des amerikanischen FBI würden die innere und äußere Sicherheit gewährleisten. Gleichzeitig bekämen die einzelnen Kantone ihre eigenen Polizeibehörden und weitgehende politische Autonomie. Die geographischen und politischen Grenzen der Kantone müssten gut durchdacht werden. Sie sollten den jeweiligen regionalen demographischen, religiösen, ethnischen und kulturellen Realitäten entsprechen.

Dies scheint zu bedeuten, dass jüdische Kantone (jüdisch-religiöse und jüdisch-säkulare), israelisch-arabische (christliche wie muslimische) und palästinensische Kantone gegründet werden sollen. Dadurch könnte auch der jüdische Charakter Israels erhalten bleiben, selbst wenn Millionen von Palästinensern die israelische Staatsbürgerschaft erhielten.

Kompensation oder Staatsbürgerschaft für Palästinenser

Jenen Palästinensern, die auf ihr „Rückkehrrecht“ verzichten, würde Israel eine zufriedenstellende Kompensation anbieten. Denjenigen, die ihr „Rückkehrrecht“ geltend machen, würde die israelische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Damit verbunden wäre ein Verzicht auf Gewalt gegen Israel und eine Verpflichtung zur Treue gegenüber dem Staat.

Mit international anerkannten israelischen Reisepässen könnten sich Palästinenser, die dies wünschen, im Ausland niederlassen, um dort ein neues Leben zu beginnen. In den palästinensischen Kantonen würde das Schulsystem unter der Aufsicht von internationalen Bildungsexperten grundlegend reformiert.

Das Bildungssystem käme in Einklang mit der neuen israelischen Verfassung. Anti-israelische und antisemitische Anteile an den Lehrplänen würden entfernt. Dazu müsste auch die islamische Religionslehre in eine friedliche und progressive Koraninterpretation verwandelt werden. In Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gelinge eine solche Transformation des Schulsystems bereits.

Nicht ohne Wunder möglich

Frank gibt zu, dass ein solches Modell einem Wunder gliche, wie jedoch die Entstehung des modernen Staates Israel selbst auch ein Wunder ist. Er beruft sich dabei auf den Propheten Jeremia (12,16), der vom friedlichen Zusammenleben des Volkes Israel mit nichtjüdischen Völkern in Israel spricht:

Und es soll geschehen, wenn sie von meinem Volk lernen werden, bei meinem Namen zu schwören: So wahr der HERR lebt!, wie sie mein Volk gelehrt haben, beim Baal zu schwören, so sollen sie inmitten meines Volks aufgebaut werden. (Luther 2017)

In einer solch kritischen und leidgeprägten Zeit wie der unsrigen bringe diese Verheißung eine Neugeburt mit sich, wie nach Geburtswehen.

Dies könnte auch eine Erneuerung für das Zusammenleben von Israelis und Palästinensern und deren Beziehungen zueinander bedeuten. Gleichzeitig könnte Franks Modell für eine Linderung der Spannungen innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft sorgen, vor allem zwischen Religiösen und Säkularen. Manche jüdischen Kantone könnten sich religiös organisieren, andere säkular. Im Ergebnis würde Jerusalem wirklich zur Hauptstadt des Friedens werden und als Licht für die Völker der Welt erstrahlen.

Nichtjuden gesetzlich gleich behandeln

Franks Friedensvision basiert auf der Tora, die nach seiner Lesart die jüdische Bevölkerung dazu verpflichtet, die Nichtjuden, die im Land Israel leben, gesetzlich gleich zu behandeln. Er zitiert dazu 4. Mose 15,16: „Einerlei Ordnung, einerlei Recht soll gelten für euch und für den Fremdling, der bei euch wohnt.“ (Luther 2017)

Das Modell brächte allerdings enorme politische und demographische Herausforderungen mit sich. Schon heute leben zwei Millionen Nichtjuden – arabische Israelis, Beduinen, Drusen und andere – mit der israelischen Gesetzgebung. Wenn nun das Staatsgebiet Israels auf das gesamte Gebiet „from the river to the sea“ (vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer) ausgeweitet würde, gäbe es in Israel ungefähr genauso viele Araber wie Juden. Für viele Israelis ist eine solche Lösung unvorstellbar, weil sie den jüdischen Charakter des Staates und seine Sicherheit gefährden würde.

Frank hält dennoch an der biblischen Verheißung eines friedfertigen Zusammenlebens von Lämmern und Wölfen, wie es Jesaja (11,6) verheißt, fest. Auch Hesekiel (47,21–23) spricht von einer Zuteilung des Landes nach Stämmen und Anteilen am Land, für Juden genauso wie für die nichtjüdischen Bewohner des Landes:

Und ihr sollt dies Land austeilen unter die Stämme Israels, und wenn ihr das Los werft, um das Land unter euch zu teilen, so sollt ihr die Fremdlinge, die bei euch wohnen und Kinder unter euch zeugen, halten wie die Einheimischen unter den Israeliten; mit euch sollen sie ihren Erbbesitz erhalten unter den Stämmen Israels, und ihr sollt auch ihnen ihren Anteil am Lande geben, jedem bei dem Stamm, bei dem er wohnt, spricht Gott der HERR. (Luther 2017)

Mangelnde Bereitschaft als Hindernis

Frank ist sich allerdings der realen Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin bewusst. Zum einen nennt er die auf beiden Seiten offensichtlich mangelnde Bereitschaft, eine solche Lösung umzusetzen, wie auch das unzureichende gegenseitige Vertrauen. Auch habe Israel heute eine Erweckung und wunderhafte Befreiung aus einer jahrelangen innenpolitischen Auseinandersetzung und zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen nötig. Diese tiefe Krise habe zur Überzeugung vieler Israelis geführt, dass Veränderung unmöglich sei.

Religiöse Kreise reagierten damit darauf, dass sie verstärkt auf die Ankunft des Messias setzen, die durch die Ausweitung von Religionsgesetzen auf den öffentlichen Raum vorangetrieben werden soll. Andere fordern eine Neuorganisation des Staatswesens und des Wahlsystems. In den überwiegend akademischen Diskussionen unter Juden wie Arabern über eine neue politische Grundordnung für Israel wurde vor allem das amerikanische beziehungsweise schweizerische Modell eines föderalistischen Staates prominent, das Yehuda Frank aufgreift.

Einleitend wurde bereits darauf hingewiesen, dass das von der internationalen Gemeinschaft präferierte Modell eines israelisch-palästinensischen Friedensabkommens in Spannung zu den Bemühungen Israels und der Vereinigten Staaten steht. Beide Mächte wollen umfassende Friedenabkommen zwischen Israel und der arabischen Welt, besonders den Golfstaaten wie zum Beispiel Saudi-Arabien abschließen. Dabei macht unter anderem Saudi-Arabien einen Friedensschluss mit Israel von einer Lösung der Palästinenserfrage abhängig.

Auf „toxischen Diskurs“ verzichten

Der von Yehuda Frank vorgeschlagene multinationale und multireligiöse Bundesstaat Israel könnte gleichzeitig zwei Herausforderungen begegnen: er könnte nicht nur einen israelisch-palästinensischen Frieden verwirklichen, sondern auch einem umfassenderen israelisch-arabischen Abkommen den Weg ebnen.

Voraussetzung dafür sei die gegenseitige Anerkennung bestimmter Faktoren und Wahrheiten sowie der Ansprüche und Erwartungen der Gegenseite. Frank fordert die Israelis dazu auf, auf einen „toxischen Diskurs“ zu verzichten, der die Diversität der Palästinenser ignoriere und alle Palästinenser für die Angriffe vom 7. Oktober 2023 gleichermaßen verantwortlich mache. Er zitiert das „Arabische Barometer (<https://www.arabbarometer.org/wp-content/uploads/Arab-Barometer-PSR-Palestine-Report-Part-I-EN-.pdf>)“. Demnach hatte die Hamas vor den Angriffen in der palästinensischen Bevölkerung nur 22 Prozent Rückhalt; diese Unterstützung ist nach dem 7. Oktober allerdings auf über ein Drittel angestiegen.

Das Problem hierbei sei, dass der radikale Islam im Unterschied zum westlichen Individualismus den Vorzug gemeinschaftlichen Interessen gebe. Damit würden auch die menschlichen Opfer für einen wirksamen „Heiligen Krieg“, den Dschihad, gerechtfertigt. Dennoch sollte Israel weiterhin einen konstruktiven Dialog mit den Palästinensern führen.

Reformation des Islam nötig

Frank ist überzeugt: Wenn die arabisch-islamische Welt, einschließlich der Palästinenser, den politischen Willen zu einer Reformation des Islam aufzubringen bereit wäre und die Religions- und Schriftauslegung progressiv moderiert würde, könnten sich diese Kulturen mit Israel arrangieren.

Anders als im schiitischen Islam, der zum Beispiel den Iran prägt, stärke die sunnitische Tradition eine Koran- und Hadithenauslegung, die den Dschihad nicht mehr als gewaltvollen Kampf gegen Andersgläubige voraussetzt. Im Gegenteil betrachte sie den „Heiligen Krieg“ als innere geistliche und moralische Disziplin sowie als friedlichen Kampf um das gesellschaftliche Wohl. Vergleichbar legten ja auch die christliche und jüdische exegetische Tradition heute viele biblische Gebote bildlich beziehungsweise geistlich und nicht mehr wörtlich aus, etwa bestimmte Gebote zur Ausrottung der heidnischen Völker im Land Kanaan.

Die Umsetzung seiner Vision von einem biblisch gegründeten Friedensmodell zwischen Israel und Palästinensern und Arabern hält Frank prinzipiell für möglich. Dazu sei allerdings der Einsatz eines enormen politischen Willens auf allen Seiten sowie ein genauso großes Wunder Gottes nötig.

Von: Nicolas Dreyer

Nicolas Dreyer war unter anderem für den Ebenezer Hilfsfonds Deutschland e.V. in Hamburg und den Jüdischen Nationalfonds JNF-KKL e.V. in Frankfurt a.M. tätig. Er ist 2. Vorsitzender eines deutschen Fördervereins für den israelischen Rettungsdienst, Christliche Freunde des Magen David Adom in Israel (CFMDA) e.V., und ist Mitglied der General Assembly des „AMI Jerusalem Center for Biblical Studies and Research“. Der promovierte Slawist ist Lehrbeauftragter an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Er forscht zu jüdischer Literatur und Geschichte in Russland und der Ukraine.